

Die SPD braucht mehr als Regierungstaten

Bruno Friedrich, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, hat sich in einer Studie Gedanken über die Zukunft seiner Partei gemacht. Der Parteivorstand will das Papier, das in seinem Auftrag erarbeitet worden ist, am 18. Januar diskutieren. Wir veröffentlichen es mit einer kleinen — technisch bedingten — Kürzung. Unser Bild zeigt den Autor.

Der innerparteiliche Zustand der SPD, so, wie er alltäglich öffentlich begutachtet, seziert, vernäht und sogleich durch erneutes Öffnen gerade geschlossen gemeinter Wunden als Lust an eigener Krankheit vermittelt wird, ist unter verschiedenen Aspekten erörtert worden, auch von Mitgliedern des Parteivorstandes.

Die hier vorgetragenen Überlegungen orientieren sich an der Frage: Ist die SPD regierungsunfähig? Was muß die SPD tun, um es ganz zu werden? Was muß die SPD beginnen, um regierungsfähig zu bleiben?

Dies beinhaltet nicht nur die Frage nach dem Programm, sondern, wesentlich drängender, die Frage nach der Fähigkeit der SPD, Programme zu verwirklichen. Dazu gehört auch die Entscheidungsfähigkeit der Führungsorgane, vor allem die des Parteivorstandes.

Regierungsfähigkeit — auf diese Binsenwahrheit muß angesichts der innerparteilichen Entwicklung hingewiesen werden — ist nicht nur abhängig vom eigenen Willen, sondern wird auch von unabhängigen Faktoren bestimmt (politischer Gegner, gesellschaftliche Gruppen und Strukturen, Medien, internationale Bedingungen).

Regierungsfähigkeit ist in einer Demokratie mit abhängig vom Bewußtsein der Massen, nicht abhängig von dem, was man sein will, was man sich einbildet zu sein, sondern von dem, was durch Medien als scheinbare aber glaubwürdig servierte Wirklichkeit dem Wähler vermittelt wird.

Gibt es in der SPD eine gewisse Balance zwischen innerparteilichen Möglichkeiten und vorgegebenen äußeren Bedingungen?

Werden die Mehrheitsentscheidungen der SPD in der Öffentlichkeit noch sichtbar, oder gibt die SPD ein diffuses Bild?

Die Unfähigkeit, die Kluft zwischen dem SPD-Bild der Medien und dem innerparteilichen Selbstverständnis der SPD zu vermitteln, kann ebenfalls Regierungsunfähigkeit, d. h. Abwahl als Mehrheitsfraktion oder aus der Koalitionsfähigkeit, bewirken.

Wird die innerparteiliche Situation unter dem Aspekt der Regierungsfähigkeit erörtert, dann hat die Gesamtheit der allgemeinen und der öffentlichen Bedingungen den Vorrang, zumindest Gleichrangigkeit vor bzw. gegenüber ausschließlich innerparteilichen Funktionen. Man kann dies auch eine Fortsetzung des

programmatischen und strategischen Ansatzes von Godesberg 1959 nennen; denn Godesberg war die Öffnung der SPD zur Gesellschaft. Kurz: Die innerparteiliche Situation der SPD sollte, sieht man die Regierungsfähigkeit als höchstes Ziel einer Partei, immer im Zusammenhang mit allen Faktoren, die diese Regierungsfähigkeit bestimmen, erörtert werden.

Wer sich nicht ganz von der für ein zutreffendes Urteil notwendigen Voraussetzung entfernt hat, in politischen Fragen auch in historischen Zusammenhängen zu denken, sollte als Sozialdemokrat beunruhigt sein über die in unserer Partei anzutreffende Naivität, man könne eine sozialdemokratische Regierungsverantwortung als eine für alle Zukunft gegebene Selbstverständlichkeit, als absolut gegebene Größenordnung des politischen Lebens voraussetzen.

Wer die Entscheidungen des Tages für weniger wichtig hält als Pläne für übermorgen, der wird sich bald den Vorwurf der Überheblichkeit oder der dogmatischen Enge zuziehen; beides schließt einander nicht aus.

Kein noch so wohlformuliertes Zukunftsprogramm führt an der unbequemen Wahrheit vorbei, daß die Bewährung der SPD als Regierungspartei im Hier und Heute auch über ihre Zukunft entscheidet. Besonders die Regierungsfähigkeit ist der deutschen Sozialdemokratie immer wieder bestritten worden. Aus Prinzip.

Sozialismus ist für Konservative durch Demokratie nicht erreichbar. Immer wird dieser ideologische Grundvorbehalt von der CDU/CSU neu belebt, wenn sie sich als unfähig erweist, konkrete Reformvorschlüsse für diese Gesellschaft zu erarbeiten. Es ist aber, denken wir an bestimmte Töne aus dem FDP-Parteitag von Wiesbaden, ein auch bei Liberalen noch nicht ausgestorbenes Vorurteil.

Wenn konservative geistige Erneuerung darin besteht, daß eine an Wirtschaftsmacht fixierte Ordnungspolitik in die öffentliche Diskussion eingeführt wird, mit der Prämisse, daß diese Wirtschaftsordnung die Voraussetzung des Wohlstandes und auch des Funktionierens unserer Verfassung ist, daß also die von der CDU/CSU nach 1954 entwickelte kapitalistische Wirtschaftsordnung unserer staatlichen Verfassung vorgegeben ist, dann wird rasch jede Reform der Marktwirtschaft zu einem von Konservativen ideologisch vorprogrammierten Verfassungskonflikt.

Die SPD sollte in dieser Phase der Veränderung geistiger Grundhaltungen, auch einer Zeit der Angst und Unsicherheit, die Wirkung solcher Unterstellungen nicht unterschätzen. Deshalb wird die deutsche Sozialdemokratie bis 1976 mehr tun müssen, als sich nur durch Taten ihrer Regierung auszuweisen. Der Gesamtzustand, das Gesamtbild der SPD als Regierungspartei, entscheidet über ihre Glaubwürdigkeit und damit über ihre Wählbarkeit. Nicht nur, weil wir uns in einer Koalition mit der FDP befinden, nicht nur, weil wir 400 000 neue Mitglieder zählen, nicht nur, weil sich die internationale Situation inzwischen viel stärker gewandelt hat, als selbst inmitten der Energiekrise die meisten Menschen ahnen: auch, weil wir selbst Klarheit suchen und finden müssen über unseren künftigen Weg, ist die Frage nach den Prinzipien, den Zielvorstellungen, nach den Methoden des demokratischen Sozialismus, aber auch nach seiner Taktik und Strategie neu aufgeworfen.

Seit den Parteitag von Stuttgart, 1958, und von Godesberg, 1959, hat sich Entscheidendes verändert. In dieser Zeit hat die SPD ihre ganze Kraft darauf konzentriert, die politische Verantwortung zu gewinnen. Jetzt ist es an der Zeit, die theoretischen Voraussetzungen für die nächste Zukunft zu überdenken und, im Zusammenhang mit den für jedermann erkennbaren Veränderungen der Weltpolitik, abzustimmen mit unseren Möglichkeiten als Regierungspartei. Doch kann dies nicht genügen. Die seit Godesberg veränderten Bedingungen verlangen von der Führung der SPD auch den Mut zu einer inneren Parteireform.

Entwicklungsstufen der SPD

Eine politische Partei, die mehr ist als ein Interessenkügelchen, die sich auf eine Idee, die des demokratischen Sozialismus, beruft, die von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als den Grundwerten ihres Handelns spricht, muß, wenn neue Kräfte zu ihr stoßen, darauf achten, daß ihre Geschichte nicht abreißt. Es gehört zu den Problemen der SPD von heute, daß in der Beurteilung über den historischen Weg der SPD manche Frage offen ist oder offengehalten wird. Die Glaubwürdigkeit der deutschen Sozialdemokratie kommt aus ihrem historischen Weg; deshalb haben wir uns klar zu dem zu bekennen, was als das Prinzip des historischen Weges der deutschen Sozialdemokratie erkennbar ist. Dies heißt nicht, gemachte Fehler zu versilbern oder zu vergolden.

Die Geschichte der SPD darf nicht begriffen werden als die Entdeckung einer reinen Lehre, genannt Marxismus, und als Anwendung dieser Lehre auf die

politische Wirklichkeit. Die Sozialdemokratie als politische Partei war niemals eine ideologische Einbahnstraße. Karl Marx hatte in der SPD Gewicht, er hat Gewicht und er wird so lange Gewicht haben, solange der Mensch demokratisch unkontrollierter ökonomischer Herrschaft unterworfen ist und solange dieser Herrschaftsanspruch aus der Verfügungsgewalt über das Kapital abgeleitet wird. Aber Marx war von Anfang an in der SPD dort zu Ende, wo er selbst den Weg nicht gezeigt hat. Er hinterließ weder eine Theorie des Staates noch eine Theorie der Partei. Wo Marx endete, beginnt im Kommunismus Lenin. Wo Marx theoretisch endet, beginnt in der deutschen Sozialdemokratie Lassalle, beginnen Bebel, Ebert, Wels und Schumacher. Bis hin zu Ollenhauer und Willy Brandt eine gerade, am Ziel sozialer Demokratie orientierte Linie, demokratisch, legalistisch, wie der Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Niemals hat sich die SPD der Ideologie des Marxismus-Leninismus annähern können, die einen mit diktatorischen Vollmachten ausgerüsteten Staat der Diktatur des Politbüros unterstellt. Immer war die SPD eine zutiefst republikanische Partei. Die demokratische Verfassung, das Gesetz der Republik ist unabdingbar allem Handeln der Partei vorgegeben. Jede Veränderung bedarf der Zustimmung einer Mehrheit aller Bürger, nicht nur einer Klasse. Der Wählerwille steht höher als der Parteiwille.

Jeder neue theoretische Ansatz, der diesen historischen Weg der SPD beiseite schiebt oder meint, ihn nur gering achten zu müssen, müßte die Sozialdemokratie in ihrem ganzen Selbstverständnis erschüttern.

Bebels große historische Leistung war es, diese legalistische Position der unbedingten Verfassungstreue in der SPD zu verankern und gleichzeitig den Gewerkschaften politische Autonomie zuzubilligen. Zugleich war die Übereinstimmung der Partei und der Gewerkschaften mit den von ihnen vertretenen politischen Massen bereits vor dem Ersten Weltkrieg als Vorbedingung für den Erfolg der politischen Arbeiterbewegung erkannt worden. Die Resolution des Parteitages 1913 zum Massenstreik ist dafür deutlicher Beweis.

Unbestritten ist es Bebels historische Leistung, daß unter seiner Führung die SPD eine Massenpartei mit einer erstaunlich gut funktionierenden innerparteilichen Demokratie, mit zuverlässigen Funktionsstrukturen wurde, mit einer intakten Wechselbeziehung von Führung und Parteibasis, getragen von solidarischer Selbstdisziplin nach außen, aber auch der Möglichkeit des einzelnen, an

der Willensbildung der Gesamtpartei mitzuwirken.

Wenn Bebel in der Theoriediskussion in der Frage des Revisionismus meinte, Bernstein nicht folgen zu können, so war Bernsteins revisionistischer Ansatz jedenfalls die logische Konsequenz einer von Bebel entwickelten sozialdemokratischen Praxis. Dies um so mehr, als während des Sozialistengesetzes die Reichstagsfraktion identisch wurde mit der politischen Führung der Partei.

Theoretisch vollzieht Bernstein die von Marx offengelassene Anpassung der marxistischen Theorie an den europäischen Humanismus, an die Aufklä-



rung, wie sie sich im liberalen parlamentarischen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts verwirklichen. Diese revisionistische Entscheidung wurde bestätigt, als die Machtfrage konkret anstand, 1918 bei der Gründung der Weimarer Republik, sie wurde theoretisch 1959 in Godesberg fortentwickelt.

Für Bernstein war die Partei weder identisch mit der Klasse, noch war er bereit, den Staat als die Kristallisation des Parteiwillens zu verstehen. Die Demokratie, so Bernstein, sei prinzipiell die Aufhebung der Klassenherrschaft. In

der Demokratie lernten die Parteien und die hinter ihnen stehenden Klassen die Grenzen ihrer Macht kennen und sich jedesmal nur so viel vorzunehmen, als sie nach Lage der Umstände vernünftigerweise hoffen konnten durchzusetzen. Die Demokratie sei die Hochschule des Kompromisses.

Die Klassendiktatur, sagt Bernstein, gehöre einer tieferen Kultur an, sie sei, abgesehen von ihrer Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Sache, als Rückfall, als politischer Atavismus zu betrachten. Wörtlich sagt Bernstein: „Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren. Sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung des Proletariats zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgertum oder Bürgersein zu verallgemeinern.“

Und an anderer Stelle: „In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.“

In der bei uns 1968 ausgelösten Theoriediskussion wird häufig die Reformfähigkeit des liberalen Rechtsstaates bezweifelt. Für Bernstein bot die Verfassung des liberalen Rechtsstaates — er würde heute sagen „das Grundgesetz“ — die Möglichkeit einer wirklichen Gesellschaftsveränderung in Zielrichtung Sozialismus. Die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft seien biegsam, wandlungsfähig und entwicklungsfähig: „Sie brauchen nicht gesprengt, sie brauchen nur fortentwickelt zu werden.“ In Bernsteins Sinne kann der Parteitag von 1959 in Godesberg als Fortentwicklung nicht nur dieser Revisionismuskritik, sondern auch der Zukunftserwartungen Bernsteins genannt werden. Nur orthodox-marxistische Arroganz, die von der Verstaatlichung aller Produktionsmittel ausgeht und diesen Schritt als unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus bezeichnet, und neomarxistische Ignoranz, die das Godesberger Programm als billigen Anpassungsprozeß an die CDU/CSU versteht, können beiseite schieben, was in den fünfziger Jahren Heinrich Deist zur Fortentwicklung einer sozialistischen Wirtschaftstheorie, im Grundsatzprogramm festgeschrieben im Kapitel „Wirtschafts- und Sozialordnung“, und was Adolf Arndt zur Definition einer sozialdemokratischen Staatsauffassung für die SPD theoretisch geleistet haben. Beide sollte man in der SPD mehr lesen, was allerdings voraussetzt, daß man sie auch druckt.

Schneidende Wahlniederlagen wären die Folge

Der theoretische Verzicht der SPD, eine Weltanschauungspartei zu sein, hat der SPD die Öffnung zur Gesellschaft, auch zur evangelischen Sozialethik und zur katholischen Soziallehre hin, ermöglicht, hat ihr Millionen an neuen Wählern gebracht. Dies war der bewußte Weg von der Klassenpartei zur Volkspartei, wie ihn die Exil-Sozialdemokraten als notwendig erkannt hatten, als sie 1943 in Großbritannien schrieben: „Die neue Sozialdemokratie muß eine breite Volksbewegung sein, sie muß ihre Tore weit aufmachen für Menschen aus allen Schichten. In ihren Reihen muß nicht nur Platz sein für die Arbeiter, sondern auch für den vom Nationalsozialismus ruinierten Mittelstand, die Handwerker, die Angehörigen der Intelligenz, die selbständigen kleinen und mittleren Unternehmer.“

Aber erst 16 Jahre später, 1959 in Godesberg, konnte diese Einsicht aus dem Exil programmatisch verankert werden mit dem Satz: „Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.“

Diese Öffnung zur Volkspartei ist die Öffnung zur Gesellschaft schlechthin. Sie erst hat der SPD die Möglichkeit geschaffen, nicht durch Veränderungsdruck aus der Opposition heraus, sondern durch in eigener Zuständigkeit formulierte und beschlossene Gesetze als Regierungspartei Reformen zu vollziehen.

Diese Öffnung zur Gesellschaft wäre gescheitert, mit schlimmen Folgen für unsere Wählbarkeit, wenn die Darlegung sozialdemokratischer Politik in der Gesellschaft ersetzt würde durch einen Rückzug der SPD in ausschließlich innerparteilichen Streit, in Flügelkämpfe,

mit der irrigen Vorstellung, es genüge zur Darstellung sozialdemokratischer Politik eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu haben. Diese Öffnung zur Gesellschaft ist beendet, wenn wir den Wähler mit hemmungslos geführten inneren Machtkämpfen anwidern und wenn wir unsere Vorstellung von politischer Gesellschaft reduzieren auf das Verhältnis von Partei, Mandatsträger und Regierung. Was dem Wähler rasch das Gefühl vermitteln müßte, er sei nur am Wahltag gefragt. Dies wäre eine im Namen des Sozialismus vollzogene Restauration hegelscher Staatsgesinnung. Dies darf nicht geschehen. Deshalb darf sich die SPD nicht aufsplitteln lassen in Sozialdemokraten und Sozialisten, in Basis und Establishment, in Regierungsgewalt und Veränderungsdruck, in Sozialdemokraten, die Aktionseinheiten nach links, und in andere, die Wählerstimmen nach rechts organisieren: Dies wäre der Weg in die Unwählbarkeit und schneidende Wahlniederlagen wären die Folge.

1966—1976: Machtwechsel durch Krisen
Der Parteitag in Hannover hat die ständig neu genährten Gerüchte und Spekulation widerlegt, die von der Vermutung einer möglichen Spaltung der SPD ausging.

In den letzten Wochen hat sich die öffentliche Meinung erneut mit der inneren Entwicklung der SPD beschäftigt. Dies alles den Jungsozialisten zuzuschreiben, wäre nicht minder falsch, nicht minder infantil als der Versuch, alle Weltkonflikte aus dem Antagonismus von Kapital und Klasse zu erklären.

Die gegenwärtige Krise wird von drei Grundlinien bestimmt:

1. Internationale Veränderungen,

2. Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur,

3. Veränderungen im Denken der Menschen durch neue Werthaltungen.

Eine Bundesrepublik, die sich fast 30 Jahre mit der Bewältigung der nationalen Folgen des verlorenen Krieges herumquälte, die zunächst durch eine CDU/CSU-Regierung die Als-ob-Strukturen eines christlich abendländischen Ständestaates zu restaurieren versuchte, eine Bundesrepublik, die in Ludwig Erhards unbegrenzter Marktwirtschaft eine mit C-Verpackung umhüllte politische Ersatzreligion erstaunt entdeckte, wird von den neuen Wirklichkeiten der Welt erschüttert werden.

Bereits die Rezession des Jahres 1966 hat die Grenzen der totalen Marktwirtschaft aufgezeigt. Die gegenwärtige Energiekrise beweist: die Grenzen der Marktwirtschaft sind bei uns nicht nur erreicht, sie wurden längst überschritten.

Eine neue internationale Wirklichkeit wird sichtbar: das Arrangement der Großmächte USA und Sowjetunion.

Der Energiewirtschaftskrieg ist der erste Nord-Süd-Konflikt, in dem die Industriestaaten hart getroffen werden.

Eine bisher in Wachstumsraten sich sicher wührende Bundesrepublik steht vor einer großen Belastungs- und Bewährungsprobe als Staat, als demokratisches Gemeinwesen.

Dies trifft uns in dem Zeitraum, in dem sich zugleich ein tiefgreifender Wandel der Herrschafts- und Sozialstrukturen vollzieht.

Die Konstellation der Bundestagswahl 1972 war einmalig und wird sich nicht wiederholen. Die Phasen des Wechsels von 1966 bis 1976 werden von drei in-

haltlich höchst verschiedenen Perioden geprägt.

1966 mußte eine quantitativ noch kanzlerfähige, aber qualitativ regierungsunfähig gewordene CDU die SPD als Koalitionspartner akzeptieren.

1969 bis 1972 war die Periode eines parlamentarisch verblieben ausgekämpften Machtwechsels. Über die Ostpolitik wollte die Union mit nationalen Wählerstrukturen konservative Macht zurückgewinnen.

Erst die Periode von 1972 bis 1976 wird entscheiden, ob die SPD mit ihren innenpolitischen Zielvorstellungen als Partei des Reformsozialismus regierungsfähig ist, auch, ob mit der FDP über einen längeren Zeitraum hinweg ein Konsens über innere Reformen möglich ist, auch, ob die SPD mehr ist als eine Schön-Wetter-Volkspartei.

Zu beachten:

Bei CDU/CSU Zerfall, Schrumpfen der politisch organisierten konservativen Strukturen (Kirche, Landwirtschaft, nationalistische Strömungen), die bis 1965 Mehrheitspositionen garantierten. Von 1959 bis 1972 durch die SPD politisches Angebot an neuen Sozialstrukturen, besonders an vorwiegend technologisch geprägte Mittelschichten. Breite Solidarisierungsbasis für Willy Brandt durch die Ostpolitik.

In der SPD-Mitgliedschaft Veränderungen der biologischen Struktur (drei erkennbare Schübe an Intellektuellen: 1957 Atomkampagne, nach 1959 durch Godesberg, nach 1968 durch Studentenrevolte). Seit 1968 auch neue Denkstrukturen, die, oft losgelöst von den historischen Erfahrungsstufen der SPD, nach neuen theoretischen Positionen des de-

mokratischen Sozialismus suchen. Die neuen theoretischen Ansätze, beeinflusst durch neomarxistische Positionen aus den USA, Frankreich und Italien, die nicht vom legalistischen Weg der SPD und der deutschen Gewerkschaften ausgehen. Entschiedene Ablehnung des industriellen Kapitalismus, oft Rückgriff auf orthodoxe Sozialismusmodelle wie Vollsozialisierung und Gebrauch undifferenzierter, deshalb irrealer Klassenbegriffe.

In Nord-, West- und Mitteleuropa 5 bis 10 Prozent Wählerpotential links vom demokratischen Sozialismus. Auch in der Bundesrepublik. Hier z. T. politisch in der SPD engagiert. Höhere Mobilität dieses Potentials gibt ihm innerparteilich ein Gewicht, das größer ist, als seinem Wähleranteil angemessen wäre. Deshalb die Gefahr einer wachsenden Kluft zwischen dem Willen der innerparteilichen Entscheidungsstrukturen und dem Denken sozialdemokratischer Wählerstrukturen.

Ständiger innerparteilicher Konflikt zwischen den an den Bedingungen der Regierungsfähigkeit auf der einen Seite und den an innerparteilichem Machtgewicht auf der anderen Seite orientierten Flügeln.

Alternative I: Dänische Entwicklung (Volkssocialisten als Beispiel der Abspaltung nach links, demokratisches Zentrum als Beispiel der Abspaltung nach rechts.)

Alternative II: Tragfähiger Konsens — auch gegenüber dem Wähler tragfähig — durch eine integrationsfähige Mitte und durch integrationsbereite Führer der Flügel. Die SPD als regierungsfähige Mehrheit nur denkbar als klar abgegrenzte Partei der linken Mitte,

mit dem Anspruch, die Mitte zu behaupten.

Die Abgrenzung muß punktuell bei Grenzüberschreitungen sichtbar gemacht werden. Klare Grenzüberschreitungen:

1. Aktionseinheit mit Kommunisten (nicht im Stil des kalten Krieges abgrenzen; die ungemein differenzierte Entwicklung des Kommunismus in Europa, besonders in Westeuropa, ist von der SPD weder analysiert noch politisch bewältigt).

2. Antigewerkschaftlich politischer Systemstreik (die aus Frankreich und Italien kommenden neomarxistischen Ansätze entsprechen nicht der in der Bundesrepublik bereits erreichten Stufe des demokratischen Sozialismus).

Weitere Konflikte im Grenzbereich sind Doppelstrategie, soweit sie Mehrheitsbeschlüsse ignoriert und öffentlich bekämpft und damit die Glaubwürdigkeit der Mehrheitsentscheidung in Frage stellt.

Ohne sichtbaren Willen zur abgegrenzten linken Mitte wird die SPD ihre inneren Konflikte durch die Medien wie in einem Brennglas gebündelt dem Wähler darstellen.

Es hat bis jetzt nur unzureichende Versuche gegeben, die innerparteilichen Probleme schrittweise zu lösen. Der Veränderungsdruck einer selbstbewußten Basis durchläuft ungefiltert alle Ebenen und trifft voll auf die Spitze. Der Konflikt zwischen den konkreten politischen Bedingungen und den oft ungezügelter politischen Hoffnungen wird auf die Parteispitze verlagert und nicht selten als Führungsschwäche von denen interpretiert, die für das ungefilterte Weitergeben des Konfliktes Verantwortung tragen.

Zweifel an der Lauterkeit der Freien Demokraten

Die neuen Mitglieder der SPD verkennen weithin die Bedeutung einer geschlossen handelnden Partei und einer offensiv vertretenen Regierungspolitik für die Wählbarkeit der SPD.

Gravierend ist das Unvermögen, Regierungspolitik und Zukunftsorientierung miteinander zu verbinden, obwohl die Energiekrise die Leitlinien des Parteitages von Hannover bestätigt hat. Die SPD hat durch Hannover ein brauchbares Begriffsinstrumentarium für eine neue Industriepolitik, das als zeitgemäße Fortentwicklung des Godesberger Reformsozialismus angeboten werden sollte.

Andere Parteien

FDP: Schwierigkeiten beim Versuch, Anschluß an die innenpolitischen Reformvorhaben des Regierungsprogramms zu finden. Innere Reformen werden von der FDP nicht als notwendige Reformen, eher als ein für die Regierungsfähigkeit notwendiger Kompromiß bewertet. Hier deutet sich ein Grundkonflikt für künftige Koalitionen von SPD und FDP an. Bis jetzt in der FDP kaum Anknüpfungsmöglichkeiten zu den wirtschaftspolitischen Entwicklungstendenzen des SPD-Parteitages von Hannover.

Vor einem Jahr wurde die starke Regierungsbeteiligung der FDP mit dem Hinweis begründet, man wolle über eine längere Zeit hinweg gemeinsam innere Reformen vollziehen. Jetzt spricht Scheel von einem Bündnis bis 1976. Zugleich wird eine zusätzliche Machtbeteiligung (Bundespräsident) gefordert.

Legitimation von Regierungsmacht geht aus vom Wählerauftrag und von

der Parlamentsmehrheit. Bei der FDP ist das Verhältnis von „Wählermacht“ und „Regierungsgewalt“ 1:3. Bei einer Wahl Scheels zum Bundespräsidenten käme es angesichts schwacher FDP-Landtagspositionen zu einem kaum mehr verantwortbaren Mißverhältnis von legitimer und tatsächlicher Regierungsmacht.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich für die FDP der natürliche Drang, bei den Wahlen tatsächliche Regierungsmacht in legitime Macht durch den Wähler umzumünzen. In einer persönlichkeitsorientierten Mediengesellschaft sind die medienträchtigen Regierungspositionen dafür die wichtigste Voraussetzung.

Wo ist für die FDP die Grenze im Streben nach nicht legitimer Regierungsmacht? Wird auf eine Grenzziehung durch die SPD mit einer Drohung des Rückfalls in Koalitionspendelei reagiert?

Die Präsidentenfrage kann deshalb zur Koalitionsprobe werden; denn die drei dynamischen Ministerien Außen, Innen, und Wirtschaft, dazu die Position des Bundespräsidenten in Händen der FDP würden die Frage nach dem Gebrauch sozialdemokratischer Wählermacht aufwerfen.

Die CDU/CSU ist nach wie vor politisch keine Alternative zur SPD, auch keine Koalitionsoption zur sozial-liberalen Koalition. Die Union ist aber nicht mehr im Zustand der Barzel-Ära. Wichtige Änderungen haben sich unter Biedenkopf vollzogen. Re-Ideologisierung des Konservatismus. An die Stelle der Balance zwischen Interessentengruppen, umhüllt vom Mantel des C (des Christ-

lichen, die Red.), tritt die freie Marktwirtschaft als Maßstab einer staatlichen Ordnungspolitik, als Maßstab für Wohlstand, als Garant einer funktionierenden Verfassung.

Die Vermittlung an den Wähler erfolgt über eine — vom Wirtschaftsrat der Union gesteuerte — Mitgliederpartei hinweg durch Medienpolitik und durch ein hochqualifiziertes technologisches Management. Vorteil: Die CDU bietet das Bild einer geschlossen agierenden Partei, taktisch bewegungsfähig, nicht gehemmt von schwerfälligen bzw. eigenwilligen demokratischen Parteistrukturen.

Ziel: Die CDU kann durch Ordnungspolitik die Gesellschaft harmonisieren, Krisen meistern, ohne den Wohlstand des einzelnen zu gefährden. In Wirklichkeit müßten im Falle einer Regierungsverantwortung der Union gesellschaftliche Konflikte mit harter staatlicher Ordnungspolitik beantwortet werden.

Probleme, vor allem Entscheidungsprobleme des Parteivorstandes

Seit 1966 hat sich die SPD zunehmend als Mitgliederpartei aus der Öffentlichkeitsarbeit zurückgezogen. Innere Konflikte prägen das Medien-Image der SPD.

Der Parteiorganisation ist es nicht gelungen, sich auf die neue Rolle, Stütze einer SDP-Regierung zu sein, einzustellen.

Der deutsche Wähler orientiert sich nach wie vor an Persönlichkeiten; das Fernsehen verstärkt diese traditionelle

deutsche Eigenschaft. Der deutsche Wähler ist zuallererst kanzlerorientiert.

Für öffentlich ausgetragene Personenkonflikte der SPD-Führung — bleiben diese Konflikte nicht ein einmaliger Vorgang — gibt es deshalb keine Rechtfertigung. Laufende Personenkonflikte innerhalb der SPD-Führung müssen den Eindruck vermitteln, die SPD-Spitze sei unfähig geworden, sich innerhalb ihrer Führungsorgane auf eine gemeinsam vertretene Parteilinie zu verständigen. Ohne das Beispiel einer solidarisch handelnden Parteiführung gibt es auch keine solidarisch handelnde Mitgliederpartei.

Das gestörte Verhältnis zu den wahlentscheidenden Medien wird ergänzt durch politische Passivität gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen.

Das 58er Stuttgarter Organisationsmodell der Parteiführung entspricht nicht mehr den Führungsbedingungen der SPD als Regierungspartei.

Mehr als die außengesteuerte Union ist die Stabilität der SPD abhängig von der Stabilität ihrer Funktionsstruktur. Die Parteiorganisation muß deshalb als politisches Problem erster Größenordnung beachtet werden.

Der Parteivorstand muß deshalb stärker als bisher von einem der Regierungsarbeit zugeordneten, durch die Regierung informierten Führungsorgan zu einem Entscheidungsgremium für die laufende Parteiarbeit werden.

Das Modell einer zeitgemäßen Mitgliederpartei mit festen Strukturen muß rasch entwickelt werden.

Die Arbeit der Kommissionen des Parteivorstandes erfassen nicht Pro-

bleme, die kurz- und mittelfristig gelöst werden müssen:

1. Mitgliederpartei,
2. Medien,
3. Management.

Wichtige Einzelprobleme bedürfen einer raschen Erörterung und Beschlußfassung in Präsidium und Parteivorstand.

Zum Beispiel:

Vier- bis fünfmal im Jahr Schwerpunkthemen für alle Organisationsebenen, abgestimmt auf die Regierungsarbeit und die Themen des nächsten Parteitages.

Mehr Fachkonferenzen der Partei. Intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, nicht nur auf Bundesebene, sondern auf allen Organisationsebenen der Partei.

An 400 000 Mitglieder (seit 1969) muß die Geschichte der Sozialdemokratie herangetragen werden, um die historische Kontinuität zu wahren, auch um Solidaritätsbewußtsein zu schaffen.

Spürbare Koordination in der Medienpolitik, einprägsame Sprachregelung im Medienbereich.

Im Hochschul- und Wissenschaftsbereich steht die SPD vor einer weitgehenden Isolierung bzw. ist sie bereits völlig isoliert.

Die Schülerarbeit ist dabei, Monopol der Union zu werden, finanziell stark unterstützt und getragen von Wirtschaftsverbänden.

Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler, Träger der Wählerinitiativen, fühlen sich von der SPD vergessen.

Erforderlich ist eine Basiskonzeption der Mitgliederpartei für Wohnbereich, Arbeitsplatz, Freizeit.

Die Kommunalpolitik muß als parteipolitische Ebene sichtbar werden (es sollten nicht die negativen Entwicklungen in Großstädten dominieren).

Zeitgemäße Arbeitsformen des Parteimanagements für alle Gliederungen.

„einblick“, evtl. eine Funktionszeitschrift, müssen als zentrale Informationsquellen höchste Beachtung finden.

Neue Planungs-, Koordinations- und Entscheidungsorgane können der Partei nicht künstlich aufgepfropft werden. Der Parteivorstand sollte deshalb um dem bestehenden Entscheidungsdruck zu entsprechen, die Berufung einer Planungs- und Koordinierungsgruppe prüfen, die qualifiziert ist, dem Präsidium und dem Parteivorstand von Sitzung zu Sitzung entscheidungsreife Vorlagen zur Parteiarbeit auf den Tisch zu legen.

Diese Gruppe sollte keine Exekutiv-, auch keine Finanzgewalt besitzen. Sie sollte alles anfordern, alles vorschlagen, alles nachprüfen können. Selbstverständlich dürfen die Rechte der Satzungsorgane nicht berührt werden.

Diese Planungs- und Koordinierungsgruppe sollte sich mehrheitlich aus Parteivorstandsmitgliedern zusammensetzen, die nicht an Regierungsaufgaben gebunden sind. Damit sie arbeitsfähig ist, sollten ihr nicht mehr als 7 bis 11 Personen angehören.